

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Die gesetzliche Rente muss für ein anständiges Leben im Alter ausreichen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rente gestärkt wird. Zum einen soll das Rentenniveau zumindest auf 50% angehoben werden, zum anderen bin ich der Meinung, dass Instrumente geschaffen werden müssen, welche es ermöglichen, freiwillig mehr in die gesetzliche Rente einzuzahlen, um so später eine höhere Rente zu bekommen.

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Zu allererst müssen Steigerungen der Produktivität bei den Beschäftigten ankommen. Je höher der Lohn, desto höher die spätere Rente. Dies war in den letzten zwanzig Jahren nicht der Fall. Zudem darf es nicht sein, dass Menschen aufgrund von Erziehungszeiten oder Pflege von Angehörigen im Alter arm werden. Wir brauchen deshalb für diese Menschen die Solidarrente, welche deutlich über der Grundsicherung liegt. Bezahlt muss das ganz aber aus Steuermitteln werden, da ein weiterer Griff in die Rentenkasse für versicherungsfremde Leistungen nicht erfolgen darf.

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Uneingeschränkt ja. Die Besserstellung einzelner Berufsgruppen muss der Vergangenheit angehören. Eine solidarische Erwerbstätigenversicherung - in die prozentual vom Einkommen eingezahlt wird - ist hierfür die richtige Lösung.

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja. Wie gesagt, nicht beitragsgedeckte Leistungen dürfen nicht zu Lasten der Versicherten und deren Rente gehen.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Hier sind eine ganze Reihe von Punkten angesprochen. Meines Erachtens sollte die gesetzliche Rentenversicherung langfristig von einem rein umlagefinanzierten System hin zu einem teilweise durch Kapitalerträge cofinanziertem System ausgebaut werden. Hätte die gRV im Hintergrund einen finanzstarken Pensionsfonds, so könnten RentnerInnen zum Beispiel von einer guten Konjunkturlage in Form von Rentenboni profitieren.

Die Riester-Rente halte ich für gescheitert, die Förderung sollte nicht mehr neu aufgelegt werden, Altverträge würden natürlich bestehen bleiben.

Die Gleichstellung von Ost-West-Renten wird kommen. Ich bin aber der Meinung, dass es keine rentenpolitische Fehlentscheidung war, nach der Wiedervereinigung einen Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Renten zu machen. 28 Jahre nach der Wiedervereinigung fallen die Gründe hierfür aber weg.

Die Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern sehe ich sehr kritisch. Dennoch ist bei einer Zwangsverrentung immer der Einzelfall in Betracht zu ziehen.

Die Freibeträge der nachgelagerten Besteuerung müssen meines Erachtens erhöht werden.

Im Hinblick auf KV und PV setze ich auf eine solidarische Bürgerversicherung in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen. Davon würden meines Erachtens auch die RentnerInnen profitieren.

Mit freundlichen Grüßen

Tobias Hammerl